

Initiativantrag des DGB-Bundesvorstandes für den 21.OBK

Neue Orientierung für nachhaltigen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit Anforderungen an die neue Bundesregierung

Wir leben in unruhigen Zeiten. Die Digitalisierung und der Klimawandel, die demografische Entwicklung und die Globalisierung verändern unsere Gesellschaft und Wirtschaft. Unsere Demokratie wird von Rechtspopulisten so stark in Frage gestellt wie seit Jahrzehnten nicht, wie es aber in anderen europäischen Ländern längst an der Tagesordnung ist. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken ist vor diesem Hintergrund eine der wichtigsten Aufgaben für alle demokratischen Parteien und auch für die Gewerkschaften.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben in den Sondierungen und Koalitionsverhandlungen von Union und SPD viele wichtige Themen durchgesetzt, die nun im Koalitionsvertrag stehen. Die angekündigte Rückkehr zur Parität in der Gesetzlichen Krankenversicherung und die Einführung einer Brückenteilzeit, das klare Bekenntnisse zu Reformen in der Renten- und Bildungspolitik und mehr Investitionen in einen handlungsfähigen Staat sind wichtige Etappenziele und unsere Erfolge. Nun ist eine schnelle Umsetzung spürbarer Verbesserungen und Entlastungen für die Menschen erforderlich, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und den dumpfen, rassistischen Parolen der Rechtspopulisten entgegenzuwirken. Erste wichtige Maßnahmen sind:

- die deutliche Stärkung öffentlicher Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, in öffentliches Personal, kommunale Infrastruktur, den Breitbandausbau, eine bessere Verkehrsinfrastruktur, den Klimaschutz und Bildung muss schon im gerade vorgelegten Bundeshaushalt 2018 wirksam werden,
- der vom Bundeskabinett bereits beschlossene Abbau des Kooperationsverbots in der Bildungspolitik muss zügig auch von Bundesrat und Bundestag beschlossen werden, damit die versprochenen und dringend notwendigen Milliarden-Investitionen endlich ins Bildungssystem fließen können,
- ein Sofortprogramm Pflege mit deutlich mehr als 8.000 neuen Stellen und besserer flächendeckender, tariflicher abgesicherter Bezahlung,
- die Rückkehr zur Parität bei der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung ohne die im Gesetzentwurf der Bundesregierung enthaltenen Trickserien,
- die Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus bei 48 Prozent und im weiteren Schritt ihre Anhebung auf 50 Prozent sowie die Reform der Erwerbsminderungsrente,
- die rasche Einführung der angekündigten Brückenteilzeit, verbunden mit einem durchsetzbaren Rechtsanspruch auf Aufstockung für Teilzeitbeschäftigte, wenn freie Arbeitszeitvolumina existieren, sowie die Abschaffung von sachgrundloser Befristung und Kettenbefristungen,
- Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Förderung eines sozialen Arbeitsmarktes,
- die Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) im Sinne der Auszubildenden und die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung ab 2020 und
- die spürbare Anhebung der BAföG-Sätze, damit mehr junge Studierende gefördert werden, und
- Sprachkurse und bessere Beratung, um die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt zu verbessern.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern neben diesen kurzfristigen Maßnahmen auch weitergehende Entscheidungen für gute Arbeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dazu gehören zuallererst eine wirksame Stärkung der Tarifbindung, deutlich verbesserte Mitbestimmungsrechte und verbrieft Rechtsansprüche für Beschäftigte für mehr Selbstbestimmung, Zeitsouveränität und eine bessere Lebensplanung.

Initiativantrag des DGB-Bundesvorstandes für den 21.OBK

Außerdem sollte die Bundesregierung zeitnah die geplante ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und einen Aktionsplan für deren Umsetzung entwickeln, um strukturelle Hemmnisse für Teilhabe von Frauen abzubauen.

Für höhere Tarifbindung und mehr Mitbestimmung

Eine erfolgreiche Umgestaltung der Arbeitswelt ist nur sozialpartnerschaftlich zu schaffen. Ausgerechnet beim Ausbau von Tarifbindung und Mitbestimmung bleibt der Koalitionsvertrag weit hinter den Erfordernissen zurück. Es finden sich zwar Ansätze für eine flächendeckende Anwendung von Tarifverträgen in der Altenpflege. Aber das Ziel, die Tarifbindung generell zu erhöhen, wird ausschließlich mit der Förderung „neuer Geschäftsmodelle“ verbunden - ohne zu sagen welche und wie dies gelingen soll. Die zukunftsweisenden Tarifverträge der jüngsten Zeit belegen, wie die Gewerkschaften den Wandel der Arbeitswelt erfolgreich gestalten. Tarifverträge dürfen nicht dazu benutzt werden, gesetzliche Standards zu unterlaufen. Wir fordern stattdessen Allgemeinverbindlicherklärungen generell zu erleichtern, die Nachwirkung von Tarifverträgen zu stärken sowie die öffentliche Auftragsvergabe an die vollumfängliche Einhaltung von Tarifverträgen zu binden.

Aber der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen mehr! Mit Mitbestimmung und Tarifverträgen für bessere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu sorgen, ist unser Ziel. Deswegen brauchen wir stärkere Betriebs- und Personalräte und mehr Mitbestimmungsrechte bei der Arbeitsorganisation und Qualifizierung, der Personalbemessung oder der Beschäftigungssicherung. Das laut Koalitionsvertrag neu zu schaffende Initiativrecht für Betriebsräte bei Weiterbildungsthemen ohne Einigungszwang ist völlig unzureichend und muss zu einem echten Initiativ- und Mitbestimmungsrecht ausgeweitet werden. Zudem muss die Gründung von Betriebsräten erleichtert, das demokratische Wahlrecht bei Betriebsratswahlen wirksam geschützt und die gezielte Behinderung von Betriebsratsarbeit scharf sanktioniert werden. Alleine mit der Anhebung der Schwellenwerte für das vereinfachte Wahlverfahren ist es längst nicht getan.

Für Gute Arbeit – prekäre Arbeit überwinden

Es gibt in Deutschland immer noch zu viel prekäre Beschäftigung. Sachgrundlose Befristungen und Kettenbefristungen, Minijobs, Leiharbeit, der Missbrauch von Werkverträgen oder Arbeit auf Abruf und Crowdwork erschweren Millionen Menschen eine verlässliche Lebensplanung und berufliche Entwicklung. Wir fordern daher die neue Bundesregierung auf endlich die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass prekäre Arbeitsbedingungen überwunden werden können. Ohne eine umfassende Strategie für Gute Arbeit droht der vielfältige Wandel der Arbeit die gesellschaftliche Spaltung noch zu verschärfen. Es ist daher völlig unverständlich, dass die Bundesregierung das Arbeitsrecht für ausgewählte Beschäftigtengruppen aufweichen will. Genauso lehnen wir Experimente zu einer Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes ab, durch die die tägliche Arbeitszeit verlängert und Ruhezeiten flexibilisiert werden.

Initiativantrag des DGB-Bundesvorstandes für den 21.OBK

Für bessere Bildung in Zeiten rasanter Veränderungen

Union und SPD haben wichtige bildungspolitische Forderungen der Gewerkschaften aufgegriffen: Die Schulen sollen digital ausgestattet werden, der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung soll kommen, die Kita-Qualität soll bundesweit verbessert werden und für berufliche Schulen ist eine Investitionsoffensive geplant. Eine Mindestausbildungsvergütung soll im Berufsbildungsgesetz verankert werden. Die Förderung von Meister-Kursen wird verbessert. Das BAföG wird erhöht und der Bund steigt dauerhaft in die Finanzierung der Hochschulen ein.

Gute Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe. Der Koalitionsvertrag gibt hier wichtige Impulse. Fällt das Kooperationsverbot und kommt der Nationale Bildungsrat, können Bund, Länder und Kommunen endlich gemeinsam mit den Sozialpartnern eine Bildungsstrategie aus einem Guss entwickeln. Das wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem modernen, kooperativen Bildungsföderalismus. Genauso dringend sind aber zusätzliche Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen in Gebäude, Netze und vor allem Lehrpersonal. Hierfür werden deutlich mehr Mittel benötigt als bisher eingeplant.

Wer die Idee für ein „lebensbegleitendes Lernen“ endlich ernsthaft zu einer neuen Kultur entwickeln will, darf nicht nur Sonntagsreden halten. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die „Digitale Agenda“ in eine digitale Arbeits- und Bildungsstrategie umzuwandeln. Sie soll Jungen und Mädchen, Frauen und Männer befähigen, im digitalen Wandel mitzuhalten.

Für mehr Investitionen in einen handlungsfähigen Staat

Wichtige Voraussetzungen für einen solidarischen und handlungsfähigen Staat ist erstens die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards bei der öffentlichen Auftragsvergabe (etwa die verpflichtend vorgeschriebene Einhaltung von Tarifverträgen im Personenbeförderungsgesetz). Zweitens brauchen wir mehr öffentliche Investitionen: mehr bezahlbarer Wohnraum, ein besseres Straßen- und Schienennetz, Personalaufbau im öffentlichen Dienst und eine funktionsfähige Infrastruktur auch im ländlichen Raum.

Der Koalitionsvertrag bleibt aber hinter den Anforderungen zurück: So ist es zwar begrüßenswert, dass die Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus der Länder nicht wie ursprünglich geplant 2019 enden, sondern in den folgenden zwei Jahren fortgeführt werden soll. Allerdings sind für diese zwei Jahre nur jeweils eine Milliarde Euro vorgesehen statt der anderthalb Milliarden pro Jahr geplanten wie bisher. Eine dauerhafte Beibehaltung dieses Niveaus wäre aus Sicht des DGB dringend erforderlich.

Das ist lediglich ein Beispiel dafür, dass die Bekenntnisse im Koalitionsvertrag zu mehr Investitionen voraussichtlich nicht ausreichen, um dem enormen Bedarf zu decken. Das gilt umso mehr, als stets ein Finanzierungsvorbehalt gilt und am Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts („Schwarze Null“) festgehalten wird. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften halten es aber für sehr sinnvoll, investive Ausgaben auch über Kredite zu finanzieren. Investitionen sollten mittels einer „Goldenen Regel“ von den Vorgaben der Schuldenbremse ausgenommen und Haushaltsüberschüsse unmittelbar für Investitionen genutzt werden. Solche strukturellen Veränderungen zur dauerhaften und verlässlichen Investitionsfinanzierung finden sich im

Initiativantrag des DGB-Bundesvorstandes für den 21.OBK

Koalitionsvertrag genauso wenig wie Vorschläge für ein gerechtes Steuersystem, das die Handlungsfähigkeit des Staates dauerhaft verbessert, dabei die Beschäftigten entlastet und Vermögende und finanzstarke Unternehmen stärker in die Pflicht nimmt. Die geplante Absenkung des Solidaritätszuschlags wird kontraproduktiv wirken, da sie der unteren Hälfte der Einkommensbezieher nichts bringt und zu erheblichen Steuerausfällen führen wird.

Für ein soziales Europa

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen ausdrücklich das Bekenntnis zu gegenseitiger Solidarität und Investitionen im Europakapitel des Koalitionsvertrags. Insbesondere das Ziel, effektiv gegen Lohndumping und soziale Ungleichheiten in einem europäischen Binnenmarkt vorzugehen, unterstützen wir. Erfreulich ist außerdem, dass die Bundesregierung sich für spezifische Haushaltsmittel im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung und Förderung sozialer Konvergenz einsetzt. Aus Sicht des DGB würden diese Reformen einen echten Kurswechsel in der Europa-Politik der Bundesregierung einleiten.

Doch auch hier gilt, dass den schönen Worten nun schnell messbare Taten folgen müssen. In der Unionsfraktion mehren sich die Stimmen gegen eine Fiskalkapazität zur Stabilisierung der Eurozone und konkrete Reformvorschläge zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion werden auf die lange Bank geschoben. Mit Blick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 werden wir uns für ein soziales Europa engagieren, in dem es nicht mehr möglich ist, unter dem Vorwand höherer Wettbewerbsfähigkeit Lohn-, Sozial- und Steuerdumping zu betreiben.

Für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und Europa stärken. Wir wollen den tiefgreifenden Wandel unserer Arbeitswelt gemeinsam mit allen demokratischen Kräften in Politik und Gesellschaft im Sinne einer solidarischen, gerechten und weltoffenen Gesellschaft gestalten. Dafür brauchen wir den Mut zu einem politischen Neuanfang. Wir fordern die Bundesregierung deshalb nicht nur dazu auf, den Worten des Koalitionsvertrags schnellstmöglich Taten folgen zu lassen, sondern die bestehenden Defizite des Koalitionsvertrags zu korrigieren – für eine Politik des sozialen Fortschritts, für eine Politik, die sich glaubwürdig auf die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verpflichtet.